

vietnamesischen Protestanten ist aber die Mitarbeit in den internationalen ökumenischen Gremien weltweit und in Asien immer noch weitgehend verschlossen.

Über die Lage der anderen Religionen, der Buddhisten, der Hoa-Hao und der Cao-Dai-Sekten sind nicht viele Informationen zu bekommen. Die generellen Restriktionen der offiziellen vietnamesischen Religionspolitik haben sie oft härter getroffen als die Christen, da sie weniger gut organisiert und ihre Führungskräfte oft unzureichend ausgebildet sind. Die Aufnahme neuer Mönche in die noch bestehenden buddhistischen Klöster wird von der Regierung streng reglementiert. Wie bei der katholischen

Kirche gibt es auch für die Buddhisten eine „Buddhistische Vereinigung Vietnams“, die den Kontakt mit den Büros für religiöse Angelegenheiten zur Hauptaufgabe hat. Als von der Regierung verordnete Organisationsform hat sie bei buddhistischen Gläubigen wenig Rückhalt und Unterstützung gefunden. In den Augen der kommunistischen Partei und der Regierung stellen der Buddhismus und die synkretistischen Volksreligionen aber eine geringere Gefahr und Herausforderung für den sozialistischen Staat dar, da sie kaum über internationale Kontakte verfügen und sich auch weniger im gesellschaftlich-politischen Bereich engagieren.

Georg Evers

Kurzinformationen

Die deutschen Bischöfe äußerten sich bei ihrer Frühjahrsvollversammlung zum Golfkrieg und zur Lage in den neuen Bundesländern

Zum Abschluß ihrer Frühjahrsvollversammlung vom 18. bis 21. Februar in Bensberg veröffentlichten die deutschen Bischöfe ein Wort zum Golfkrieg. Darin wurden u. a. Bedingungen für den Aufbau eines umfassenden und dauerhaften Friedens nach dem Ende des Krieges genannt: Achtung der Menschenrechte, Beseitigung sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeiten, Förderung demokratischer Strukturen, die Anerkennung des Rechtes Israels auf Existenz in gesicherten Grenzen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser. Die Kirchen und Religionsgemeinschaften werden angesichts der Bedeutung religiös-politischer Faktoren im Nahostkonflikt zu verstärktem Dialog und zum Aufbau von Vertrauen und Verständigung aufgerufen. Zur *Situation in den neuen Bundesländern* stellten die Bischöfe fest, es brauche in der derzeitigen Lage noch größere Anstrengungen. Die Christen müßten noch stärker teilen; eine Neuordnung des *Finanzausgleichs innerhalb der Kirche* sei dabei unumgänglich. An die westlichen Unternehmer appellierten die Bischöfe, mit Investitionen und Firmengründungen nicht zu zögern. Westliche Fachkräfte sollten sich überlegen, ob sie nicht in den neuen Bundesländern tätig werden könnten. Die Bischöfe nahmen bei ihrer Vollversammlung einen Bericht über die Vorbereitungen zur „Woche für das Leben“ entgegen, die 1991 erstmals abgehalten wird (vom 10. bis 16. Juni). Gleichzeitig beklagten sie, die Frage des Lebensschutzes habe in der Politik offenbar an verpflichtender Bedeutung verloren. Sie betrachteten es als ihre Pflicht, „immer wieder auf die Unverfügbarkeit und das Lebensrecht auch des ungeborenen Lebens hinzuweisen und aufmerksam zu machen auf die Grundüberzeugungen, die sich aus den Fundamenten unserer Verfassung für alle ergeben“. Die Bischöfe verabschiedeten in Bensberg ein Wort zum Thema „Schwerstkranken und Sterbenden beistehen“

(vgl. ds. Heft, S. 157) und kündigten für Ende April die Veröffentlichung einer Erklärung zum hundertjährigen Jubiläum der Sozialenzyklika „*Rerum novarum*“ an.

Priesterliche Identität als Thema des diesjährigen Gründonnerstagsbriefs Johannes Pauls II. an die Priester

Der Papst ging in seinem diesjährigen Gründonnerstagsbrief an die Priester auf Verlauf und Ergebnisse der letzten Vollversammlung der Bischofssynode ein, die sich mit der Priesterbildung unter den gegenwärtigen Verhältnissen beschäftigte (vgl. HK, Dezember 1990, 574 ff.). Johannes Paul II. hob in seinem Brief als „Gnade der Synode“ eine „neue Reife in der Auffassung vom priesterlichen Dienst in der Kirche“ hervor. Sie äußere sich als vertieftes Verständnis des *eigentlichen Wesens des sakramentalen Priestertums*. Es sei notwendig, für das Verstehen der priesterlichen Wirklichkeit von Christus auszugehen; die menschliche Dimension des priesterlichen Dienstes müsse um ihrer Glaubwürdigkeit willen in Gott verwurzelt sein. Im Blick auf die priesterliche Identität zeichnet sich dem Papst zufolge ein bedeutsamer Wandel in den Gemeinden ab: „Die Laien sehen die unabdingbare Notwendigkeit von Priestern als Vorbedingung für ihr authentisches Leben und Apostolat.“ Der *Priestermangel* werde dazu beitragen müssen, die Krise der priesterlichen Identität zu überwinden. Eine „Strategie“ zur Überwindung des Priestermangels soll eine aus Vertretern verschiedener Kurienbehörden bestehende Arbeitsgruppe entwerfen, die der Papst kurz nach der Synodenvollversammlung einsetzte. Auskunft über Existenz und Arbeitsschwerpunkte dieser Kommission gab Erzbischof *Pio Laghi*, Propräfekt der Kongregation für das katholische Bildungswesen, bei der Vorstellung des Gründonnerstagsbriefs (vgl. *Osservatore Romano*, 15.03.91). Zur Förderung des Priesternachwuchses in den vom Priestermangel besonders betroffenen Regionen soll in erster Linie die *Berufungspastoral* in den einzelnen Bistümern intensi-

viert werden. Die bestehenden *Seminare* sollen verbessert und neue Ausbildungsstätten mit qualifizierten Ausbildern geschaffen werden. Neben der Förderung von Priesterberufen brauche es auch die Förderung der Berufungen zu anderen Diensten (Diakone, Katechisten). Ortskirchen mit mehr Priestern sollen den Überlegungen der Arbeitsgruppe zufolge in einer Notaktion den schlechter versorgten Diözesen mit Priestern für die Berufungspastoral und die Seminarbildung aushelfen.

Vorläufiges Scheitern der Gespräche der Schweizer Bischofskonferenz mit dem Churer Bischof Haas

Die Spannungen im Bistum Chur haben „noch keineswegs abgenommen, sondern verschärfen sich immer wieder“. Mit dieser Feststellung begründete die Schweizer Bischofskonferenz nach ihrer Frühjahrsvollversammlung ihre erneute Erklärung „Zur Lage im Bistum Chur“. Darin hält sie zum einen fest: „Nochmals haben eine Reihe von Mitgliedern der Konferenz dem Bischof von Chur ihre ernststen Bedenken gegenüber der Art und Weise seines Vorgehens in verschiedenen Fragen dargelegt und ihn eindringlich gebeten, alles ihm Mögliche zu tun, um eine Verbesserung der Situation zu erreichen.“ Zum andern erinnert sie an ihre beschränkten Möglichkeiten: sie habe keine Kompetenz, einem Bischof „irgendwelche Entscheide aufzuzwingen oder zu verbieten“. Weil Bischof Haas auf die Überlegungen und konkreten Vorschläge der Gesprächsgruppe der Bischofskonferenz bisher nicht eingegangen sei, könne sie „ihre Aufgabe in dieser Form nicht weiterführen“ (vgl. HK, Februar 1991, 96). Gleichzeitig versprach die Bischofskonferenz sich sowohl für die Einheit mit dem Papst und der Gesamtkirche als auch für „die Sorgen und Nöte der Priester, aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Seelsorge und aller Gläubigen“ weiterhin einsetzen zu wollen. Diesem zweifachen Anliegen dürfte auch die außerordentliche Vollversammlung gewidmet sein, die Mitte Juni dieses Jahres im Vatikan stattfinden wird; auf der Pressekonferenz zur Frühjahrsvollversammlung räumte der Sekretär der Bischofskonferenz ein, daß es bei der Einschätzung der kirchlichen Situation in der Schweiz und bei den sich daraus ergebenden pastoralen Optionen in der Bischofskonferenz eine Mehr- und eine Minderheit gebe, wobei er als bekannt voraussetzte, daß Bischof *Eugenio Corecco* von Lugano mit Bischof Wolfgang Haas die Minderheit bildet. Während Bischof Corecco seine Vorbehalte gegenüber dem „deutschschweizerischen pastoralen Weg“ von der Südschweiz aus – und auch da nicht unwidersprochen – formuliert, symbolisiert Bischof Haas diese Vorbehalte in der deutschen Schweiz selber. Am 20. Februar sprachen sich in einer Vertrauensabstimmung im Priesterrat 33 Mitglieder gegen und 11 Mitglieder für den Diözesanbischof aus, und am 9. März beschloß der Seelsorgerat mit 17 gegen 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen, seine Tätigkeit vorläufig auszusetzen. Andererseits scharft sich der Rechtskatholizismus der gesamten deutschen Schweiz um

Bischof Haas, der so zu einem innerkirchlichen Katalysator geworden ist.

Die Generalversammlung der lateinamerikanischen Ordensoberen dämpft den Konflikt mit Rom

Die Generalversammlung der Vereinigung der lateinamerikanischen Ordensoberen (CLAR) in Cuantitlan (Mexiko) vom 19. bis 28. Februar stand unter starken Spannungen, führte aber nicht zu dem von vielen erwarteten, von manchen befürchteten Eklat. Noch kurz vor Zusammentritt der Vollversammlung wurde von manchen Delegierten eine Selbstaflösung der CLAR für möglich gehalten. Der Grund für entsprechende Vermutungen und Gerüchte war ein seit gut zwei Jahren schwelender *Konflikt*, der die CLAR sowohl in Gegensatz zur gegenwärtigen CELAM-Führung wie zu den kirchen- und pastoralpolitischen Leitlinien des gegenwärtigen Papstes brachte. Schon 1989 (vgl. HK, November 1989, 49 ff.) hatte die Ordenskongregation direkt in die Leitung der CLAR eingegriffen, indem sie gegen den Willen des Präsidiums und quer zu den Bestimmungen des Statuts der CLAR dieser einen von der Kongregation selbst bestimmten Generalsekretär auferlegte. Im Juli 1990 richtete der Papst einen sehr lehramtlichen *Brief* an die lateinamerikanischen Ordensleute (vgl. HK, September 1990, 409 ff.), in dem er diese vor „Abweichungen und allzu radikalen und einseitigen Haltungen“ warnte und in allen Fragen des Glaubens strikte Unterordnung unter den Papst und die Bischöfe als die „authentischen Lehrer und Zeugen der göttlichen und katholischen Wahrheit“ verlangte. Schienen sich die Beziehungen nach dem Papstbrief, der sich vor allem gegen das pastorale Aktionsprogramm mit seiner entscheidenden „Option für die Armen“ der CLAR richtete, vorübergehend zu entspannen, so erwiesen römische Maßnahmen im Vorfeld der Vollversammlung das Gegenteil. Die härteste war die *Außerkraftsetzung des im Status der CLAR vorgesehenen Wahlmodus* für die Wahl des Vorstandes – für dieses Mal. In einem ziemlich barschen Brief hatte der Präfekt der Ordenskongregation, Kardinal *Jérôme Hamer*, der Leitung der CLAR dies mitgeteilt. Danach durfte jeder Delegierte fünf Kandidaten wählen. Nach der Prüfung der so erstellten Liste würde dann Rom die betreffenden Funktionsträger frei ernennen. Überdies wurde nicht nur der Sekretär der Kongregation zur Vollversammlung entsandt, sondern in der Person des kolumbianischen Bischofs *Héctor López Hurtado* der CLAR eine Art Mentor (päpstlicher Legat) beigegeben. Doch scheint gerade der päpstliche Legat – als Salesianer selbst Ordensmann – eher ausgleichend gewirkt zu haben. Jedenfalls beugten sich die Ordensoberen den päpstlichen Weisungen, räumten Fehler und Einseitigkeiten ein, ließen sich aber in ihrer Zielsetzung, den Armen das Evangelium unter lateinamerikanischen Verhältnissen zu verkünden und zu leben, nicht beirren. (Die Zusammensetzung des neuen CLAR-Präsidiums war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.)